

Wie gefährlich ist die Bunte Republik?



Unsere bunten Führer

nehmen uns die Demokratie. Sie nehmen uns den Rechtsstaat. Sie nehmen uns unser Geld. Sie werden uns unser Land nehmen. Werden sie uns eines Tages auch unser Leben nehmen?

(Von Georg S.)

Das Böse zeigt sich in der Politik immer erst von seiner besten Seite. Bevor es beißt, lächelt es. Die Jakobiner redeten von Brüderlichkeit, bevor sie über die Franzosen mit dem Fallbeil herfielen. Lenin und Stalin verhießen den russischen Arbeitern Gerechtigkeit, bevor sie sie tothungerten. Hitler propagierte die deutsche Volksgemeinschaft, bevor er das deutsche Volk in den Untergang trieb. Mao verkündete den Großen Sprung nach vorn, bevor er China in die Steinzeit zurückwarf. Unsere bunten Führer versprechen uns das Paradies auf Erden und den ewigen Völkerfrieden dank EU und Bunter Republik, klingt doch prima!

Das Böse eines Staates beginnt stets im kleinen. Sultan Abdulhamit ließ die Armenier noch zu Hunderten erschießen, Talat Pascha trieb sie hunderttausendfach nach Deir ez Zor. Lenin baute ein paar Lager, Stalin richtete im Gulag Millionen zugrunde. Hitler hat den Juden anfangs nur ein paar bürgerliche Rechte genommen. Wie ein Baum im Garten wächst das Böse immer weiter, wenn man es nicht absägt. Und irgendwann

ist es nur noch schwer zu fällen. Dann ist es erwachsen.

Vor zwanzig Jahren war die EU eine halbwegs sympathische Gemeinschaft, die lobenswerte Absichten hatte: Europa, Frieden, Verbraucherschutz und eine praktische Gemeinschaftswährung. Hörte sich alles gut an. Heute blicken wir erstaunt zurück, wie schnell es die praktische Gemeinschaftswährung geschafft hat, unsere harte D-Mark zu Schrott zu zerkrümeln und die Rente unserer Enkel zu verpfänden. Wo früher der Wohlstand zu Hause war, kriecht schon das Elend aus den Löchern. Noch erstaunter sind wir, wenn wir uns ansehen, in welchem Tempo es der EU gelungen ist, unzerstörbar geglaubte demokratische Rechte in Deutschland zu schleifen. Wo nach dem Krieg eine starke Demokratie wachsen sollte, krautet wieder die Diktatur. Der Trend ist ganz klar negativ.

Noch schlimmer sieht es beim Rechtsstaat aus. Vor zwanzig Jahren war ein Mörder ein Mörder. Heute wird ein türkischer Mörder, der einen Deutschen ermordet, anders verurteilt als ein deutscher Mörder, der einen Türken ermordet. Der Willkürstaat lässt grüßen!

Vor zwanzig Jahren war der Satz, es gibt zu viele Türken in Deutschland, an jeder Straßenecke zu hören. Heute ist ein solcher Satz ein Straftatbestand, für den man angezeigt werden kann. Vielleicht muss man nur eine kleine Geldstrafe zahlen. Vielleicht verliert man aber bereits seine Stelle, weil ja ein ordentlicher bunter Volksgenosse keinen Rassisten beschäftigt. In zehn Jahren wird ein solcher Satz mit Haft bestraft werden, wenn man Glück hat. Wenn man Pech hat, wird man von der Antifa nachts im Bett erschlagen. Die Täter werden nie gefasst werden oder kommen mit einer Verwarnung davon. Einen Rassisten totschiessen, das ist doch eigentlich eine gute Tat, das wirkt strafmildernd. Und in zwanzig Jahren wird man diejenigen vor Gericht zerren, die nicht mitmachen, wenn es darum geht, Rassisten totzuschlagen. Den Knüppel nicht in die Hand nehmen wollen, Sie sind wohl selber Rassist, was?

Vor zwanzig Jahren war es unvorstellbar, dass ein Staat in Deutschland jemals wieder anfängt, seine Bürger nach Abstammung zu selektieren. Heute wird es stillschweigend hingenommen, wenn bei Bewerbungen um Stellen im öffentlichen Dienst ein schlechter türkischer Kandidat einem guten deutschen Kandidaten vorgezogen wird. Ist ja für einen guten Zweck. Deutschland soll bunter werden, wer kann da schon Nein sagen? In zehn Jahren wird es selbstverständlich sein, dass Bewerber für den Staatsdienst ihren Unterlagen wieder Ahnenpässe beilegen müssen. In zwanzig Jahren wird ein deutscher Bewerber beim Staat keine Chance mehr haben. Deutsche werden aus dem bunten Staat verdrängt sein.

Verdrängt sein werden Deutsche auch territorial. Vor zwanzig Jahren wohnten Deutsche und Türken in der gleichen Gegend. Heute zieht man bewusst auseinander. In vielen Stadtteilen findet längst ein stiller, schleichender Verdrängungsprozess statt, der dazu führt, dass Deutsche die Stadtteile verlassen. Der bunte Staat schweigt diese Entwicklung tot, man hat den Daumen über die Deutschen längst gesenkt. Und dass die territoriale Verdrängung System haben könnte, dass sie in vielen islamischen und rechten türkischen Kreisen offen propagiert wird, sei hier nur angedeutet. In zwanzig Jahren wird es Städte geben, in denen keine Deutschen mehr leben und in denen sich Deutsche auch am helllichten Tag nicht mehr blicken lassen können. In dreißig Jahren werden diese Städte Keimzellen für Forderungen nach eigenen Staaten der Gastarbeiter sein. Das Ergebnis der Bunten Republik ist nicht die multikulturelle Gesellschaft, sondern die Machtübergabe an andere Nationen und der territoriale Zerfall.

Werden uns unsere bunten Führer aber nicht nur die Demokratie, den Rechtsstaat, unser Geld und unser Land, sondern auch unser Leben nehmen?

Wen das beruhigt: Der bunte Staat wird Deutsche niemals töten, jedenfalls nicht direkt. Menschen direkt zu töten widerspricht dem Charakter der Bunten Republik, in der alles indirekt

abläuft, unter der Hand und unter dem Teppich, immer begleitet von einem freundlichen bunten Lächeln. Wenn töten, dann nur durch freiwillige Selbstverpflichtung. Oma, sind Sie immer noch am Leben, ist das nicht ziemlich unsolidarisch, wo die Kasse jetzt die Todespille zahlt? Und Kinder kriegen nur christliche Fundamentalisten, Nazibräute und ähnliches Gesocks. Weltoffene Frauen treiben ab, wir sind doch verfassungstreu, junge Dame, oder nicht? Zu fragen wäre allerdings, wie der bunte Staat mit den Deutschen in jenen Landesteilen verfahren wird, in denen sie bald in der Minderheit sind, insbesondere in NRW. Das wird schneller gehen als man denkt: Visafreiheit für die Türkei, EU-Aufnahme der Türkei, EU-Aufnahme Marokkos, Reisefreiheit für Nordafrika, alles schon in Planung. Unsere bunten Führer sind noch lange nicht fertig. Da für Deutsche im ideologischen Konzept der Bunten Republik eigentlich kein Platz ist (Deutsche sind von Natur aus kriegslüstern, rassistisch und Nazis), werden diese deutschen Minderheiten dem Staat in jedem Fall lästig sein, d.h. er wird nach einer Lösung suchen. Vielleicht wird man die restlichen Deutschen aus NRW einfach „aussiedeln“, sprich: deportieren. Alle Deutschen sind Nazis, und alle Nazis haben bis morgen früh, 6 Uhr, die Wohnung zu räumen, Dortmund wird nazifrei! An Ideen wird es jedenfalls nicht mangeln. Und wer trotzdem nicht gehen will, ist selber schuld. Den braucht man dann nicht zu schützen, und wovor überhaupt?

Hirngespinnste? Vielleicht. Aber wer vor zwanzig Jahren vorausgesagt hätte, dass eine deutsche Bundesregierung eines Tages eine Planstelle für Scharia-Gebräuche einrichten wird, den hätte man auch für neben der Spur erklärt. Die Geschichte der Bunten Republik lehrt: Recht hatten im nachhinein immer nur die dunkelsten Visionen.

(Foto oben: Das bunte Duisburg-Marxloh)

Wilders - Buch erscheint November in Deutschland

☒ Die HJB Verlag KG veröffentlicht am 27. November 2012 die deutsche Ausgabe des Buches „Marked for Death“ von Geert Wilders unter dem Titel: „Zum Abschuss freigegeben – Die Wahrheit über den Krieg des Islam gegen den Westen“. In seinem Buch beschreibt Geert Wilders, dass nicht nur seine Person „zum Abschuss freigegeben“ wurde, sondern vielleicht unsere gesamte westliche Lebensweise. Das Buch ist im Hardcover mit Schutzumschlag und 336 Seiten am 27.11.2012 für EUR 19,90 überall im Buchhandel erhältlich.

(Auszug einer [Pressemitteilung des HJB-Verlags](#))



Erdogan will Islam siegreich nach Westen führen



Türken feiern Erdogan als größten Führer der Welt.

Markige Worte fand der Türken-Führer Recep Tayyip Erdogan auf dem Parteitag der AKP diesen Sonntag, auf dem er zum dritten und letztmöglichen Mal zum Führer seiner Regierungspartei gewählt wurde. Seine Pläne bezüglich Europa kann man nur als eine Art Kriegserklärung an die europäischen Völker auffassen.

[WELT online](#) berichtet:

Was den Aufbruch der Türkei nach Westen betrifft, dafür verwendete Erdogan in seiner Grundsatzrede ein ganz neues Symbol. Das Endziel des langen Weges, das erst seine Nachfolger erreichen würden, sei „2071“, sagte er an die Adresse der türkischen Jugend. Dann nämlich jährt sich zum tausendsten Mal die Schlacht von Manzikert, in der die Türken das byzantinische Reich entscheidend schlugen, gen Westen drängten und Anatolien in Besitz nahmen. „Unser Vorbild ist Sultan Arp Arslan“, also der damals gegen die Christen siegreiche Kriegsherr, verkündete Erdogan und erntete begeisterten Applaus von rund 30.000 AKP-Anhängern.

Und weiter:

So machte Erdogan zumindest in Symbolen klar, als wen er sich selbst sieht: Als einen neuen Atatürk, der das Land modernisiert, und als neuen Sultan, der die Türken und den Islam siegreich gen Westen führt.

Die Antwort auf diese offen angedrohten Eroberungspläne kann nur ein sofortiger Abbruch der Beitrittsverhandlungen zwischen der EU und der Türkei sein. Aber selbst ohne einen EU-Beitritt der Türkei wird es schwierig werden, die Islamisierung Europas aufzuhalten. Der britische Islam-Experte Bernard Lewis rechnet ab dem Jahr 2065 mit einer [moslemischen Bevölkerungsmehrheit](#) für Deutschland.



Russland verbietet Mohammed-Film



Russland hat die Ausstrahlung des islamfeindlichen Mohammed-Videos verboten. Ein Moskauer Gericht stufte den im Internet veröffentlichten Film „The Innocence of Muslims“ als „extremistisch“ ein. Sobald das Urteil rechtskräftig ist, darf er in Russland nicht mehr gezeigt werden. Eine Missachtung würde als Verbrechen verfolgt. (Quelle: BILD)



Umma-Kristallnacht in Bangladesch

☒ Die muslimische Raserei wegen des islamkritischen Kurzvideos „Innocence of Muslims“ hat Dutzende Menschen das Leben gekostet. Seine Fortsetzung findet der Krawall nun in Bangladesch, wo eine angebliche Beleidigung des Korans durch einen Buddhisten zu Massenkrawallen führte.

Ein Mob aus etwa 25.000 Moslems zog brandschatzend und „Allahu Akbar“-skandierend durch die Stadt Ramu. Ergebnis insgesamt: 15 vernichtete buddhistische und hinduistische Ritualstätten, über 50 in Schutt und Asche gelegte weitere Häuser und mindestens 20 Verletzte.

Der „Spiegel“ [berichtet](#):

Tausende Muslime haben im Osten von Bangladesch buddhistische Heiligtümer zerstört und Häuser in Brand gesteckt. Jetzt ließen die Behörden Militär aufmarschieren. Überall in den Straßen waren Soldaten, Grenzbeamte und Polizisten zu sehen. Die Regierung verbot öffentliche Versammlungen in den betroffenen Gebieten nahe der Grenze zu Burma.

Wie die Polizei im Südosten des Landes mitteilte, wurden im Zusammenhang mit den Ausschreitungen vom Wochenende 166 Menschen festgenommen. Die Sicherheitskräfte sprachen von

einem „organisierten Angriff“ und kündigten die strafrechtliche Verfolgung der Gewalttäter an.

Geschätzt 25.000 Menschen hatten am Sonntag in der Stadt Ramu und Umgebung mehrere Tempel und Dutzende Häuser niedergebrannt. Die Protestierer wüteten stundenlang und zerstörten insgesamt zwölf buddhistische Tempel und mehr als 50 Häuser. Unter den Heiligtümern waren zum Teil jahrhundertealte Pagoden, wie ein Polizeisprecher SPIEGEL ONLINE sagte. In der Stadt Chittagong wurden zwei buddhistische und ein hinduistischer Tempel zerstört. (...)

Etwa tausend buddhistische Familien waren nach den Angriffen aus ihren Häusern geflohen. Mindestens 20 Menschen wurden verletzt. Prodip Barua, Besitzer eines Lebensmittelladens, konnte in letzter Sekunde mit seiner Frau und den beiden Kindern fliehen. Als er am Montag zurückkehrte, fand er statt seines Geschäfts nur noch eine Ruine vor: „Wie werde ich jetzt überleben? Wie soll ich meine Kinder zur Schule schicken? Ich habe alles verloren“, sagte er.

Auslöser der Gewalt war ein angeblich den Koran beleidigendes Foto bei Facebook, das ein Buddhist gepostet haben soll. „Wir gehen davon aus, dass militante Muslime eine Gelegenheit genutzt haben zu randalieren“, sagte der Polizeisprecher. Die Minderheit der Rohingyas wird verdächtigt, hinter den Unruhen zu stecken. Die Rohingyas kommen aus dem benachbarten Burma, die Flüchtlinge sind jedoch im überwiegend islamischen Bangladesch nicht willkommen. Im Osten von Bangladesch leben sie in ärmlichen Verhältnissen in Camps oder auf der Straße.

Die Zeitung „The Daily Star“ berichtet, die Einheimischen hätten einen 25-jährigen Buddhisten für die Verbreitung der Fotos im Internet ausgemacht. Der jedoch erklärte, er habe damit nichts zu tun. Das Foto sei ohne seine Einwilligung mit seinem Namen getaggt worden. Die Polizei brachte den jungen Mann und seine Familie in Sicherheit.

Schon im März 2001 hatten Moslems mit viel Aufwand zwei riesige Buddha-Statuen im zentralafghanischen Bamyan [gesprengt](#) und 2007 in Pakistan eine 40 Meter hohe, etwa 1300 Jahre alte und sehr bedeutende Buddha-Skulptur zerstört. Grund beides mal: die Skulpturen seien Götzen und „unislamisch“.

„Ein trauriges Häuflein von Rechtsextremisten...“

Im Bonner General-Anzeiger erscheint heute ein [sehr boshafter Kommentar des Redakteurs Andreas Baumann](#) zur Berichterstattung über die PRO-NRW-Kundgebung am 29. September 2012 in der Nähe der König-Fahd-Akademie in Bonn-Lannesdorf. Er beweist damit, dass er Kurt Tucholskys „*Im Übrigen gilt ja hier derjenige, der auf den Schmutz hinweist, für viel gefährlicher als der, der den Schmutz verursacht*“ noch immer nicht verstanden hat.

(Von Verena B, PI-Bonn)

Baumann schreibt:

Besser hätte es nicht laufen können. Ein trauriges Häuflein von Rechtsextremisten sondert auf einer abgeriegelten Nebenstraße seine ausländerfeindlichen Parolen ab – und keiner hört zu. Das Kalkül von Pro NRW, nach den weltweiten Unruhen wegen des Mohammed-Videos noch einmal Krawalle in Bonn zu provozieren, ist nicht aufgegangen.

Die Bonner haben den Provokateuren keine Bühne gegönnt. Es war gut, dass unterschiedlichste Akteure im Vorfeld dazu aufgerufen hatten, Pro NRW einfach zu ignorieren: vom Oberbürgermeister über den Rat der Muslime, die evangelische und die katholische Kirche bis zum Bündnis „Bonn stellt sich

quer“. Für die Muslime in der Stadt muss der Gedanke schwer erträglich gewesen sein, dass ihre religiösen Gefühle erneut beleidigt werden könnten. Trotzdem haben sie die Kraft gefunden, die Rechtsextremisten mit Nichtbeachtung zu strafen. Das ist bewundernswert – und für Pro NRW die Höchststrafe.

Auch die Strategie der Polizei hat funktioniert: Sie verlegte die „Mahnwache“ an eine Stelle der Mallwitzstraße, die gut abzuschirmen und von Weitem kaum einzusehen war. Sie untersagte Mohammed-Karikaturen. Sie bot starke Kräfte auf und machte schon am Freitag in seltener Offenheit klar, mit welchen Mitteln sie erneute Ausschreitungen durch fanatische Islamisten verhindern werde. Das dürfte etliche Gewalttäter rechtzeitig ins Grübeln gebracht haben.

In der Berichterstattung des General-Anzeigers wird selbstverständlich verschwiegen, dass interessierte Lannesdorfer Bürger auch nach Vorlage ihres Personalausweises nicht an der Kundgebung teilnehmen durften. Das sind Zustände wie in China oder Nord-Korea! Um 12:45 Uhr nahm die Polizei zwei Muslime in Gewahrsam. Ob es sich um eine Verhaftung handelte oder nicht, war nicht zu erkennen. Aus einer nahe gelegenen Moschee kamen immer wieder vereinzelte „Späher“ hervor. (kann man weglassen). Gespräche mit den Lannesdorfer Bürgern ergaben, dass diese mehr als erzürnt über die salafistischen Umtriebe in ihrem Stadtteil sind. Baumann, der beim Abschied vom Solinger Tageblatt seinerzeit für sein „großes journalistisches Gespür für die Themen, die den Solingern unter den Nägeln brennen“ gelobt wurde, dürfte sich bei den Lannesdorfern wohl ziemlich unbeliebt gemacht haben!

Es ist sehr bedauerlich, dass sich der General-Anzeiger, der sich in letzter Zeit durch eine zunehmend sachliche und gut recherchierte Aufklärungsarbeit in Sachen radikaler Islam in Bonn auszeichnete und sogar sehr kritische und empörte Leserbriefe abdruckte, nunmehr wieder in Richtung Verdummung

und Hetze gegen Islamkritiker bewegt. Es scheint, als zeigen die saudi-arabischen Morddrohungen, die auch gegen die Bonner Presse ausgesprochen wurden, ihre Wirkung.

» Kontakt: redaktion@ga-bonn.de



Ursula Sarrazin: Hexenjagd



Heute erschien das Buch *Hexenjagd* von Ursula Sarrazin, die man sofort in ihrem Beruf als Lehrerin gemobbt hat, nachdem ihr Mann sich mit den Einwanderern und den Mohammedanern angelegt hatte. Auch jetzt hat das Buch natürlich noch kein Journalist gelesen, aber die Häme und Hetze geht bereits los, [etwa in der taz](#), wo sie als „Opfer“ verhöhnt wird, dabei besteht der grüne Generalanzeiger eigentlich zur Hälfte aus ideologischen Opfer-Berichten. Was das Niveau Berliner Schulen angeht, dürfte Frau Sarrazin richtig liegen, wie man auch aus Buschkowskys Neuköllner Schulberichten (bin gerade am Lesen) herauslesen kann. Hier [erstmal die Verlagsseite](#) mit einer Leseprobe!

Euro-EUdSSR stärker als Markt und Leben?

☒ Nach der Einführung des Euro war die Finanzwelt beeindruckt. Sie kaufte alles, was nach Euro roch. Und daran hat man sich bei den EU-Regierungen gewöhnt. Vor allem die südlichen Euro-Staaten warfen das Geld mit vollen Händen raus. Neue Straßen, Tunnel, Häuser, Brücken, soziale Wohltaten, Personal. You name it, we have it im Wolkenkuckucksheim. Jetzt kehrt die Realität zurück, aber die diktatorische EUdSSR erkennt die Realität nicht an und will der Wirklichkeit befehlen, was sie zu tun und wie sie zu sein hat. Die EU fühlt sich stärker als der Markt – mit Folgen.

Nach den Marktgesetzen zahlt ein guter Schuldner weniger Zinsen als ein unzuverlässiger. Die EU erkennt das nicht an und will darum private Rating-Agenturen verbieten und eine eigene Rating-Agentur aufmachen. Die EU will also dem Markt mit einer EU-Agentur sagen: Portugal oder Spanien sind gute Schuldner. Die EUdSSR will sich selber ein Zeugnis ausstellen, nicht anders, als wenn ein Abiturient sich selbst das Abi ausstellen würde. Wo liegt das Problem?

Wenn jemand kein Geld mehr hat, ist er bankrott. Die EU sagt, Bankrott gibt es bei uns nicht. Die Börse ärgert uns. Wir werden den Börsenhandel verbieten oder mit Transaktionssteuern kaputtmachen. Die Banken geben uns Politikern kein Geld, also zerschlagen wir sie und kontrollieren sie scharf, bis sie uns wieder Geld genehmigen. Alles kein Problem.

Jetzt haben aber Griechenland, Spanien, Portugal, Italien et cetera trotzdem kein Geld mehr. Was tun? Ist doch klar, die Euro-Amigos in Holland, Deutschland und Österreich übernehmen

die Schulden und finanzieren das. Kein Problem? Doch, denn Deutschland und Österreich haben selber nichts und Billionenschulden. Was tun?

Ganz einfach. Wir gründen neue, supranationale Geheim-Agenturen wie den EFSF. Das Problem, die „Europäische Finanz Stabilisierungs Fazilität“, der EFSF, hat auch kein Geld. Erst müssen also Länder wie Deutschland, die kein Geld haben, dem EFSF Geld geben, damit der Griechenland retten kann. Wie geht das?

In eine Computer-Tastatur in Berlin wird eingetippt „Transfer 30.000.000.000 Euro an EFSF in Luxemburg zur freundlichen Verwendung, Salut an Jean-Claude, dein ami Wolfgang Sch“. In Luxemburg druckt ein anderer Computer ein DIN A 4 Blatt aus, auf dem steht: 30.000.000.000 Euro. Das Geld ist da, die Rettung kann beginnen.

Komischerweise funktioniert es einfach immer noch nicht, und 30 Milliarden sind ein Pipifax. Da kommt der Zauberer Draghi daher und sagt: „Kein Problem! Ich kaufe jeden Euro-Schrott ohne Limit!“ Schäuble und Angela und unsere anderen Weltherrscher klatschen Beifall. Aber Draghi hat auch keinen Cent. Wie will er kaufen? Kein Problem. Die EZB macht einfach Geld. Stellt es her. Druckt es im Keller. Oder hat es im Computer elektronisch hochgestapelt.

Braucht also Spanien Geld, legt es einen neuen Schuldschein über 100 Milliarden Euro auf, rückzahlbar im Jahr 2199 mit 1% Zins, geht damit zur Börse und fragt, wer das Renditepapier haben will. Wenn sich kein Dummer findet, schickt Draghi über WiFi von Frankfurt €100 Milliarden nach Madrid. Spanien ist zehn weitere Tage gerettet, und in Draghis Notebook sind ein paar Nullen mehr.

Madrid verteilt die Summe per Computer elektronisch an andere Computer, und sollte jemand in Sevilla Cash wollen, geht er zu seiner Bankia-Filiale, die faxt nach Madrid, dort schickt der

Banco de España den Hausmeister in den Keller, der schiebt einen Stapel Papier in die Notenpresse und läßt schnell mal 5 Millionen bunte Zettel raus, auf denen €uro steht, und die fahren mit dem Geldtransporter nach Sevilla. Klasse!

Was ich sagen will, liebe Leser? Das hat alles mit einem Bezug zur Realität nichts mehr zu tun. Unser ganzes Geld befindet sich nur noch elektronisch in Computerchips, und der Bürger kriegt ein paar farbige Papierfetzen mit Zahlen drauf. Es ist völlig egal geworden, ob eine Regierung spart oder nicht, ob sie Verträge einhält, ob es ein Recht gibt, ob reelle wirtschaftliche Werte hinter einer Währung stehen, ob ein Staat oder eine Bank solide ist – jeder hat doch einen Computer, ein paar Rollen Papier, einen Farbdrucker und notfalls eine Löschtaste. Damit geht alles!

Die Frage ist nur, wann der erste Bäcker zum Fleischer sagt, der bei ihm mit einem Zehneuroschein ein paar Brötchen kaufen möchte: Ich will dein Papier nicht, bring mir lieber eine Scheibe Schinken für die Brötchen! Dann hat dem Euro sein letztes Stündlein geschlagen. Und das geht vielleicht im Computer-Zeitalter schneller als manche denken.



IKEA zensiert Katalog für

Saudi-Arabien



Die schwedische

Möbelkette IKEA hat in ihrem neuen weltweit verbreiteten Katalog 2013 für Saudi-Arabien Abbildungen von Frauen wegetuschieren lassen (Foto r.). Das berichtet der [Spiegel](#) unter Berufung auf das Stockholmer Gratisblatt „Metro“. Schwedens Handelsministerin Ewa Björling sagte dem Blatt: „Man kann Frauen nicht aus der Wirklichkeit wegetuschieren.“ Die Bilder seien ein „weiteres trauriges Beispiel dafür, wie weit der Weg bis zur Gleichstellung von Männern und Frauen in Saudi-Arabien noch ist“. Stimmt! Aber noch mehr stimmt, dass die Bilder ein weiteres trauriges Beispiel dafür sind, wie weit IKEA bereit ist zu gehen, um noch ein wenig mehr Gewinn zu machen – **auf Kosten der Frauen in Saudi-Arabien und weltweit.**

**Ulla Dahmen (WZ): Hakenkreuze
am Jobcenter**



[Wie wir berichteten](#), gibt es Presseorgane, die die deutschenfeindlichen Parolen am Jobcenter in Neuss („Eine Deutsche weniger“) zensiert und totgeschwiegen haben. Es geht aber noch „besser“: Eigentlich war es nur eine Frage der Zeit, bis eine Zeitung aus dem Mord des Marokkaners Ahmet C. an der 32-jährigen Jobcenter-Angestellten eine „rechtsradikale“ Verbindung strickt. Ulla Dahmen (Foto, Kürzel: uda), Neusser Lokalredakteurin der Westdeutschen Zeitung, scheint jedenfalls auf einer ganz heißen Spur zu sein.

Sie [schreibt](#):

Neuss. Während Mitarbeiter von Arbeitsagenturen und Jobcentern in ganz Deutschland gestern Morgen ihrer getöteten Kollegin mit einer Schweigeminute gedachten, waren an der Stresemannallee Unbekannte am Werk: Am Morgen wurden an der Fassade üble Schmierereien entdeckt. Neben unflätigen Beschimpfungen und einem Spruch „Das war nicht die letzte“ waren auch Hakenkreuze zu sehen.

Die Polizei ließ die großflächigen Schmierereien schnell entfernen. Ihr Sprecher Hans-Willi Arnold bestätigte, der Staatsschutz des Polizeipräsidiums Düsseldorf sei eingeschaltet. Ermittelt wird wegen des Anfangsverdachts des Antisemitismus und der Fremdenfeindlichkeit.

Bisher gibt es keinen Hinweis auf Verdächtige. uda

Ein WZ-Leser kommentiert sehr treffend unter dem Artikel: „Ist das jetzt Satire? Eine Deutsche stirbt und jemand schreibt , Eine Deutsche weniger, das wird nicht die letzte sein.“

*Ermittelt wird wegen Antisemitismus und
Ausländerfeindlichkeit!“*

Kontakt:

WZ-Redaktion

Königsallee 27

40212 Düsseldorf

Tel.: 0211/8382-0

Fax.: 0211/8382-2225

zentralredaktion@westdeutsche-zeitung.de

(Spürnase: Manu)

Österreich versinkt im Sumpf der Blödheit

Man glaubt oft, es ginge nicht mehr noch blöder in diesem Land. Doch man wird fast täglich eines noch Schlechteren belehrt. Die Gehirnwäsche durch die Political correctness wird immer unerträglicher. Zorneserfüllt einige aktuelle Beispiele aus dem Bildungssystem, aus Justiz und Kultur. ([Ein Artikel von Andreas Unterberger](#). In der Tat sind die österreichischen Beispiele haarsträubend, aber alles könnte in Deutschland genauso passieren.)

Geht die Frankfurter Rundschau bald ein?

Am Samstag hat [der Kress Report gemeldet](#), daß die Frankfurter Rundschau in Papierform vermutlich bald ganz eingeht. Die Gesellschafter, das Kölner Zeitungshaus M. DuMont Schauberg (MDS) und die SPD-Medienholding DDVG, erwägen dabei noch einen Ausweg. Sie prüfen auch einen Umstieg von einer gedruckten zu einer Digital-Zeitung, also statt Abo eine Tablet-App. Wir brauchen unseren Lesern wahrscheinlich nicht zu sagen, daß PI den Dumont-Hetzern keine Träne nachweint.

PI-Spendenmarathon: 32.854 Euro (Endstand!)

Liebe Leser, der PI-Spendenmarathon endete am 30.9. um 24 Uhr mit der Endsumme von **32.854 Euro**. Wir danken vielmals allen Lesern, die gespendet haben, für die tolle Unterstützung. Leider war PI ausgerechnet heute morgen von 5 bis 10.45 Uhr wieder fast sechs Stunden offline. Wir eruieren gerade die Gründe für die technischen Probleme und halten Sie darüber auf dem Laufenden. Bitte haben Sie Verständnis, Ihr PI-Team.

PI-Spendenaufruf:

Sie werden es gemerkt haben: PI war in der Vergangenheit oftmals nicht erreichbar. Grund waren massive [DDoS-Attacken](#) aus dem arabischen Raum. Wir können versichern: Uns Autoren schmerzt diese unbefriedigende Situation mindestens genau so sehr wie unsere zahlreichen Leser. Wir haben uns daher inzwischen mit unserem Server-Anbieter über etwaige

Schutzmaßnahmen beraten. Eine Abschirmung gegen die Angriffe würde demnach – je nach Intensität – Kosten zwischen 400 und 800 Euro monatlich verursachen.

Da die Internet-Dschihadisten nicht locker lassen, sehen wir keine andere Möglichkeit, als das angebotene Paket in Anspruch zu nehmen. Hierzu benötigen wir jedoch Ihre Hilfe. Zwar können auch wir Autoren einen gewissen Teil beitragen, allerdings längst nicht den vollen Umfang. Wie Sie PI finanziell unterstützen können, erfahren Sie auf der neuen PI-Unterstützerseite help-pi.net (alternativ: helppi.wordpress.com), die von langjährigen PI-Lesern gegründet wurde, um PI in dieser schweren Zeit zu helfen. Auch viele kleine Spenden helfen uns! Danke!

UPDATE: Inzwischen konnten wir dank der eingegangenen Spenden als Sofortmaßnahme ein DDoS-Protection-Paket buchen, so dass blue-wonder.org jetzt wieder online ist und das uns (hoffentlich) in Zukunft vor weiteren Cyber-Attacken schützen wird. Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen Lesern, die uns bislang so großzügig unterstützt haben. Der Spendenmarathon läuft wie geplant weiter bis zum 30. September 2012.